

Die Machtspiele der Elite

Nach den Europawahlen droht nun zwischen Europaparlament und den Staats- und Regierungschefs ein Kampf um Einfluss. Soll der neue Kommissionspräsident für diesen Kampf den Sündenbock abgeben?

Von Andreas Maurer

Der vergangene Dienstag nach der Wahl zum Europäischen Parlament wird in die Annalen der Integrationsgeschichte eingehen. Was war? Die Europawahl zu Ende, Sieger und Verlierer in den Mitgliedstaaten, den Europarteien und dem Europäischen Parlament ausgerufen und ausgemacht. Wir, der europäischen Souverän, werden seitdem mit den auch aus nationalen Wahlen bekannten „Dreiviertelkuchen“ konfrontiert und zu Zuschauern eines ungewöhnlichen Kampfs um die Rekrutierungsmacht der Brüsseler Institutionen degradiert.

Die Schwäche der Sieger

Konkret: Die Christdemokraten und Konservativen der Europäischen Volkspartei (EVP) rutschten nahe an die Fraktionsstärke der Sozialdemokraten ab; Grüne und Liberale büßten Stimmen ein, während rechtsextremistische, fremdenfeindliche und europakritische Parteien massiv zulegen konnten. Der „Kuchen“ verändert sich seitdem kontinuierlich und macht deutlich, auf welchen schwachen Füßen die „Sieger“ stehen. Dass sich die Fraktionsgewichte fortlaufend ändern, hat mit einer der Besonderheiten der Europawahlen zu tun: Gewählt wird in 28 Staaten und auf dem Stimmzettel stehen nationale Parteien. Die Stimmenverteilung erfolgt nach nationalen Kriterien; selbst die europäische Vorgabe der Verhältniswahl wird durch Regeln zu Sperrklauseln oder Vorzugsstimmen nationalisiert. Sicher sind bisher eigentlich nur die national ermittelten Dreiviertelkuchen. Nun geht es aber nicht um ein Parlament mit 28 mitgliedstaatlichen Delegationen. Das Besondere liegt an der Addition der 28 Ergebnisse und ihrer Synthese in das einzige supranationale Parlament der Welt mit eigenständigen politischen Fraktionen. Und hier fängt die Unsicherheit an.

Relativ sicher kann bei

Zur Person



Andreas Maurer ist Professor für Politikwissenschaft und Europäische Integration an der Universität Innsbruck. Schwerpunkt seiner Forschung und Lehre ist das politisch-institutionelle System der Europäischen Union.

Andreas.Maurer@uibk.ac.at



Schon bei der Nominierung für Jean-Claude Juncker als Spitzenkandidat der EVP regte sich bei den Konservativen Widerstand.

Fotos: Reuters, Vidal; Montage: TT

spielsweise davon ausgegangen werden, dass die ÖVP in die Fraktion der EVP wandert, die SPÖ zur sozialdemokratischen Fraktion (S&D) stößt und die Grünen ihr Pendant in der Fraktionsgemeinschaft aus europäischen Grünen und regionalistischen Parteien finden. Diese Zuordnung gilt für die übergroße Mehrheit der Parteien. Allein: Das noch immer nur vorläufige Ergebnis der Europawahl macht nicht nur 41 Fraktionslose aus, sondern auch 60 „Sonstige“.

In der ersten Gruppe finden sich diejenigen Parteien, die in der vorangegangenen Wahlperiode keiner Fraktion angehörten; nicht nur, aber vor allem rechtsextremistische Parteien. Die zweite, größere Gruppe ist dagegen die große Unbekannte. Zwar finden sich auch hier extremistische Parteien, „Ultras“ jedweder Couleur, die keinerlei Interesse an einer Zusammenarbeit in einer Fraktion haben. Interessant sind aber die vielen Kleiparteien, die sich den bestehenden Fraktionen des Parlaments aufgrund ihrer ideologischen Nähe anbieten: Piraten für die Grünen, Freie Wähler für die Liberalen usw. Und auf der anderen Seite kämpfen die Fraktionen um diese Gruppierungen. Denn letztlich hängt von der Größe einer Fraktion viel ab, von der Anzahl der Büros und aus dem EU-Budget finanzierten Mitarbeiter bis hin zu den wichtigen Funktions- und

Führungsposten innerhalb des Parlaments. Die Konstituierung der Fraktionen des Parlaments sollte bis zur ersten Sitzung Anfang Juli abgeschlossen sein. Bis dahin ist viel Bewegung möglich.

Kein Lager hat Absolute

Gegenwärtig gewiss ist somit nur eines: Keines der beiden großen Lager ist im Stande, eine absolute Mehrheit von 376 Stimmen im Parlament in sich zu vereinigen. Diese braucht es, um den Präsidenten der Kommission zu wählen und – wichtiger für die nächsten fünf Jahre – um im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ab der zweiten Lesung Änderungen an den Verordnungs- oder Richtlinienentwürfen durchzubringen.

Eine Mitte-links-Koalition aus Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Linken verfügt gegenwärtig über 352, eine Mitte-rechts-Koalition aus EVP, Liberalen und Konservativen über 324 Stimmen. Rechnet man nun noch ein, das im Falle der meisten Abstimmungen immer wieder zwischen fünf und zehn Prozent „Rebellen“ gegen die eigene Fraktion und Koalition stimmen, wird deutlich, worauf das Farbenspiel des Parlaments hinauslaufen wird: Nur eine große Koalition aus EVP und S&D verfügt mit aktuell 405 Stimmen über ein ausreichendes Polster, um die erforderlichen Mindestquoten des Parlaments zu erfüllen. Sie entspricht im Übrigen

auch der realen Koalition des Europäischen Parlaments: In den vergangenen Legislaturperioden stimmte dieses Lager in über 70 Prozent aller Fälle gemeinsam ab.

Bei der Wahl der Kommissionspräsidenten waren die Ergebnisse dagegen recht knapp: Barroso wurde 2009 mit nur 51,9 Prozent und 2004 mit 56,4 Prozent der Abgeordneten gewählt, was auf den hohen Anteil der „Rebellen“ insbesondere aus dem Lager der Sozialdemokraten zurückzuführen war. Mit diesen Ergebnissen sanktionierte das Parlament bislang aber eben auch das Verfahren zur Kür des Kommissionschefs.

Geheimniskrämerei

Die Staatschefs kungelten ihren Kandidaten „in camera“ aus. Zwar auch im Blick auf das Parlament, denn das Erfordernis seiner Zustimmung besteht seit dem Vertrag von Maastricht! Aber doch so, dass sich nur eine dünne Mehrheit der Europaabgeordneten fand, die bereit waren, die Geheimniskrämerei des Europäischen Rates noch gerade so mitzutragen.

Seit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages speist sich der Kommissionspräsident aber expliziter aus den beiden gleichberechtigten Legitimationssträngen des Parlaments und des Europäischen Rates. Dies erschließt sich aus dem Vertragszusatz in Artikel 17(7) des Unionsvertrages, wonach die Nominierung des Kommissionschefs

unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Europawahlen erfolgt.

Das Parlament, seine Fraktionen und die Europarteien schlossen hieraus, die Europawahl mit Spitzenkandidaten zu personalisieren. Während die Sozialdemokraten, Linken, Liberalen und Grünen ihre Kandidaten uneingeschränkt unterstützen, signalisierte bereits die Nominierung Jean-Claude Junckers auf dem EVP-Kongress in Dublin, dass sich gut ein Viertel der Delegierten nicht auf das Verfahren der Spitzenkandidatur einlassen wollte. Von 812 Stimmberechtigten votierten nur 382 für Juncker und 245 für den Gegenkandidaten Barnier. Die so dokumentierte Unentschiedenheit der Christdemokraten setzt sich nun im Eiertanz ihrer Regierungschefs fort. Nicht nur der britische Premier, sondern auch die EVP-Mitglieder Reinfeldt (Schweden) und Orban (Ungarn) wenden sich offen gegen Juncker.

Rolle des Parlaments

Und das Parlament? Vor der abendlichen Sitzung der Staats- und Regierungschefs trafen sich die Fraktionschefs und Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, um eine Marschroute für die Wahl des Kommissionspräsidenten festzulegen. Die große Überraschung: Die in der so genannten „Konferenz der Präsidenten“ versammelten

Spitzen der Europäischen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Liberalen, der Grünen und der Linken einigten sich auf die Feststellung, dass Juncker als Spitzenkandidat der siegreichen EVP der Vorrang für das Amt des nächsten Kommissionspräsidenten eingeräumt werden sollte.

Merkwürdiger Vorgang

An diesem Auftritt der Fraktionschefs und ihren Schlussfolgerungen ist vieles merkwürdig: Die Autoren sind allesamt noch bis zum 30. Juni 2014 im Amt. Und die Überbringer der Nachricht an die Staatschefs, Joseph Daul für die Christdemokraten und Hannes Swoboda für die Sozialdemokraten, sind ab dem Tag der Konstituierung des neu gewählten Parlaments aus dem Amt.

Swoboda ist nicht angetreten und Daul hat die Wahl in Frankreich verloren. Warum schickt aber das Parlament zwei „demnächst Ehemalige“ mit einer Nachricht in den Europäischen Rat, die den vorhergesagten Kampf der Institutionen um das erste und das letzte Wort in der Auswahl des Kommissionspräsidenten einleiten? Vielleicht, um im Falle des Scheiterns der Parlamentsstrategie auf die dann der Vergangenheit angehörende Legitimation seiner Boten verweisen und den Konflikt zwischen Parlament und Regierungen damit entschärfen zu können.